

Machen üstra-Kontrolleure gezielt aus Kunden Schwarzfahrer ?

Wie auch in der NEUEN PRESSE vom 04.06.2008 berichtet, hindern weiterhin üstra-Kontrolleure Kunden beim Entwerten der bereits bezahlten Fahrscheine ! In 2007 über 88.640 Übeltäter ?

In den "Allgemeinen Beförderungsbedingungen" der üstra heißt es in Teil A, §6, Punkt 4:

„(4) Ist der Fahrgast beim Betreten eines Fahrzeuges, in dem Fahrausweise entwertet werden können (durch Entwerter oder durch zur Entwertung von Fahrausweisen befugtes Betriebspersonal), mit einem Fahrausweis versehen, der zu entwerten ist, hat er diesen unverzüglich zu entwerten und sich von der Entwertung zu überzeugen bzw. den Fahrausweis unverzüglich und unaufgefordert dem Betriebspersonal zur Entwertung auszuhändigen.“

Genau diese Möglichkeit, seinen Fahrschein bei Antritt der Fahrt in den bereitgestellten Fahrscheinentwertern ungültig bzw. gültig zu stempeln, wird von Kontrolleuren der üstra häufig und forciert genutzt, um die persönliche Fangquote zu verbessern ? Für den in der NEUEN PRESSE geschilderten Fall hat sich die üstra entschuldigt. "Mit den Entwertern in den Bahnen wollen wir kundenfreundlich sein. Dem müssen wir auch Rechnung tragen, in-



dem wir Kunden Zeit zum Abstempeln lassen", so üstra-Pressesprecher Udo Iwannek. Die Praxis sieht anders aus. Bereits im letzten Jahr erreichte @lptraum den Hinweis einer Mutter, dass sie beim Einstieg mit Kinderwagen in einen Bus von den Kontrolleuren keine Zeit erhielt, den Kinderwagen zu sichern und danach abzustempeln. Hannover zeichnet sich durch eine unrühmliche Kriminalstatistik aus, die überwiegend durch die Kriminalisierung von Fahrgästen der üstra gegeben ist. Vor diesem Hintergrund scheint es nur folgerichtig, dass sich ein mutiger Richter weigert, Schwarzfahrer zu

verurteilen. Dazu musste der Richter höchstwahrscheinlich erst in der eigenen Familie Kenntnisse zu der von den öffentlichen Verkehrsbetrieben "neoliberalen Wegelagererei" sammeln ? Über 2 Millionen Euro Reibach beim Einsatz von u.a. schlechtbezahlten Wachdienstleuten, die oft auch schon durch Aussehen und Auftreten von vielen üstra-Kunden als Wegelagerer beschrieben und empfunden werden. Es wird an Dienstkleidung gespart, aus dem Hinterhalt agiert. Die Kontrolleure verweigern oft Nennung des Namens oder der Dienstnummer. Es erscheint für Journalisten auch als gefährlich, zur Dokumentation die Kontrolleure in ihrem öffentlichem Handeln zu fotografieren, zumindest wurden trotz eines Rufes nach der Polizei einem Redakteur die Aufnahmen im Foto-Apparat gelöscht. Wie einschüchternd mag es auf einfache Bürger wirken, wenn sie von einer Traube von Kontrolleuren umringt werden, sie des Schwarzfahrens bezichtigt werden. Mit 33 üstra-Prüfern und 28 protecService-Prüfern sind bei einem geschätzten Lohneinsatz von ca. 100.000 Euro im Jahre 2007 über 2 Millionen Euro gemacht worden. Ist dieses im Zusammenhang mit der Verzögerung eines SozialTickets zu sehen ? (HaDe)

<p>Nichts wirklich Neues zum "Sozial-Tarif-Ticket" Sozialausschuss der Region ohne Beschluss-Vorlagen ? siehe Seite 2</p>	<p>Bundessozialgericht urteilt: Verpflegungskostenabzug bei Krankenhausaufenthalt durch ARGE ist nicht zulässig siehe Seite 4</p>	<p>Berufungs-Prozess "Offenes Mikrofon" beim Landgericht Hannover. Wahrheitsfindung nicht erwünscht ? siehe Seite 5</p>
---	---	---

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ? Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. Kontakte siehe letzte Seite

@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de

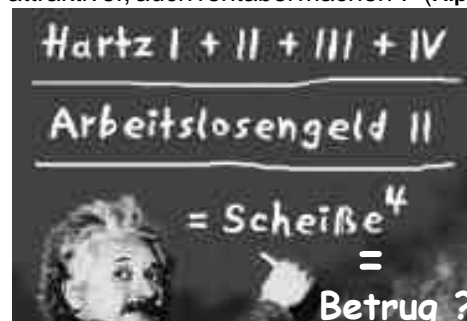


Keine Gespräche zum Sozialtarif in der Region Hannover

Zur Sitzung des Sozialausschusses der Region am 19.06.08 fehlte der von der Verwaltung zu erstellende Prüfbericht, der die Entscheidungsgrundlagen zur Einführung rabattierter Fahrkarten für Bedürftige im Großraumverkehr Hannover liefern sollte. Ohne die aus den durch Interviews in den JobCentern und Sozialämtern gewonnenen Kenntnisse des Forschungsinstitutes e-mares und die dadurch zu errechnenden Fahrpreisangebote und Zuschuss-Bedarfe kann, konnten und wollten die politischen Entscheidungsträger der Region nicht handeln. Dumm gelaufen, zumal dadurch und wegen der parlamentarischen Sommerpause die rechtzeitige Einführung von Sozialtarifen im Dezember 2008 weiter in den Sternen steht. Bewusste Verzögerung durch die Verwaltungsmannschaft der Region? Weiterhin **üstra-Jagd auf Menschen, die sich die übersteuerten Fahrkarten nicht leisten können?** Weiterhin schwarze Zahlen, weniger Zuschussbedarf durch die über 2 Millionen in 2007 durch das erhöhte Fahrgeld? Da der **üstra**-Pressesprecher Iwannek auf die Anfrage von **@lptraum** sich nicht zu den Zahlen der eingegangenen Einsprüche gegen Forderung erhöhten Fahrgeldes äußert, die Zahlen zu stattgegebenen Widersprüchen verweigert, können wir nur mit Annahmen agieren. In vielen Gesprächen mit "erwischten" Personen

beklagten sich diese über das meistens recht rüde Vorgehen von Personen, die von der **üstra** mit Ausweisen als Kontrolleure ernannt wurden, die in ihrem Habit oft eher als am Rande der Gesellschaft angesiedelt vermutet werden, denn als Ordnungskräfte. Die Art des Auftretens wird als hinterhältig empfunden, auch als bedrohlich, da die Kontrolleure oft sehr aggressiv agieren. Der von **@lptraum** der **üstra** mitgeteilte Fall, belegt durch einen präzisen Einspruch und auch durch eine Sachstandaufnahme in einem Polizeirevier, wurde über ¼ Jahr lang nicht bearbeitet, nicht beantwortet. Gegenüber **@lptraum** verwehrt sich Herr Iwannek gegen die von vielen uns mitgeteilte Wahrnehmung der Kontrolleure im, gelinde gesagt, nicht der Ordnungsaufgabe angemessenen Outfit. Das in der Website der **üstra** von Übeltätern zu lesen ist, kommentierte er damit, dass dort im Zusammenhang nicht über "Wohltäter" berichtet wird. Angriffe gegen die Wahrnehmungen der mit den Überraschungs-Coups der Kontrolleure konfrontierten Fahrgäste, eigenes vorurteilbehaftetes Handeln, in dem alle Kunden der **üstra** unter dem Generalverdacht des Schwarzfahrens gestellt werden. Diese als "neoliberale Wegelagerer" empfundenen Zugriffe müssen dringend aufhören. Gegen Stichproben durch schon durch Auftreten und Erscheinung als freundliches und kompetentes Kontrollpersonal wäre

weniger einzuwenden. Der von uns mitgeteilte Vorfall, der Einspruch des Kunden, scheint bis heute nicht gelesen worden zu sein. **An dieser Stelle sei vermerkt, dass ein Einspruch auch eine aufschiebende Wirkung hat**, die 40,-€ erst nach Abschluss der Prüfung bzw. des Verfahrens fällig sind und auch nur dann, wenn die **üstra** die Schwarzfahrt beweisen kann. Bei defekten Fahrscheinautomaten diese Tatsache dem Fahrer melden, die Fahrt kann dann ohne einen gültigen Fahrausweis bis zum nächsten (Umsteige-)Punkt fortgesetzt werden. Funktionierende Automaten, freundliches Personal, bezahlbare SozialTickets, könnten Hannovers ÖPNV attraktiver, auch rentabel machen? (Alp)



@lptraum-Mitarbeiter
Albert Einstein im Juli:
Perfektion der Mittel
und Konfusion der Ziele
kennzeichnen meiner Ansicht nach
unsere Zeit.
 (Albert Einstein 1879-1955)

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines SozialTickets für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortsverbandsausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall-Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grotthian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Förderverein Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., Bündnis Zukunft Hannover, Initiative "Offenes Mikrofon" Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg (ANW), Ratsgruppe Hannoversche Linke, SPD Linden-Limmer (Abt. Linden-Nord), Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender: UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Kontakt: SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.

Impressum: "ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover
 Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31
@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361
 Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover
www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de
@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung
Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg
 Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.
 Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
 Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusage von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Impressum:

33 üstra-Prüfer + 28 protecService-Prüfer: Schwarzfahren? - Nein Danke !



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen !
 Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !

@lptraum-Ausflugstipps: Fahrradmitnahme in Bussen & Bahnen

Die Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme im Großraum-Verkehr Hannover (GVH) variieren je nach Verkehrsmittel. Klappfahrräder gelten nur zusammengefasst als kostenfreies Handgepäck ! Die kostenfreie Mitnahme ist bei der **üstra**, **DB** und **metronom** wochentags von 8.30 Uhr bis 15 Uhr und ab 19 Uhr bis Betriebsschluss möglich, am Wochenende sowie an Feiertagen ganztägig. Außerhalb dieser Zeiten ist Fahrradmitnahme bei **DB** und **metronom** mit einem zusätzlichen EinzelTicket oder einer MobilCard (jeweils für den Einzonen-tarif) möglich. - Bei der **üstra** gilt diese Zusatzregelung nicht: Laut Beförderungsbedingungen des Großraum-Verkehr Hannover (**GVH**) dürfen bei der **üstra** werktags ab 8.30 Uhr bis 15 Uhr und ab 19 Uhr bis Betriebsschluss sowie Samstags, Sonn- und Feiertags ganztägig Fahrräder mitgenommen werden. Wer sich nicht an diese Zeiten hält, zahlt seit Mai 2007 das erhöhte Beförderungsentgelt von 40 Euro (wird auch beim Schwarzfahren fällig: @lptraum 06/07) wenn Sie ihr Rad innerhalb der Stoßzeiten mitnehmen. In den Fahrzeugen der **RegioBus** können werktags ab 19 Uhr sowie Samstags und Sonn- und Feiertags ganztägig

Fahrräder mitgenommen werden. Außerhalb dieser Zeiten ist eine Fahrradmitnahme im Bus verboten. Der Fahrradtransport ist kostenlos. Jedoch ist die Fahrradmitnahme nur dann zulässig, wenn im hinteren Einstiegsbereich genug Platz vorhanden ist und Sie Ihr Rad selbst festhalten. Es werden maximal zwei Fahrräder pro Bus mitgenommen. Die Beförderung von Kinderwagen und Rollstühlen hat uneingeschränkt Vorrang. Im Zweifelsfall entscheidet das Fahrpersonal über die Mitnahmemöglichkeit. Zur Mitnahme eines Fahrrades außerhalb des **GVH**-Tarifgebietes in den Zügen der **DB**, **metronom** und **cantus** benötigt der Fahrgast eine gültige Fahrradkarte, die vor Antritt der Fahrt zu lösen ist. Jede/r Reisende darf ein Fahrrad mitnehmen. Die Fahrradkarte Nahverkehr ist einen Tag lang (von 0.00 bis 3.00 Uhr des Folgetages) gültig und kostet 4,50 Euro. Sie gilt in allen Nahverkehrszügen (**IRE**, **RE**, **RB**, **S-Bahn**). **Achtung: die Fahrradkarte Nahverkehr gilt nicht in Verbänden.** (Alp)

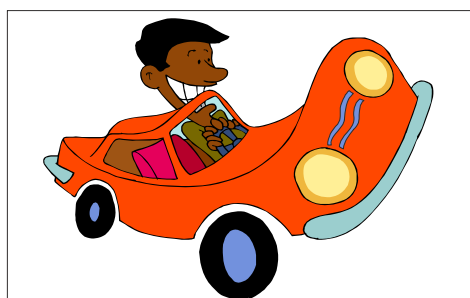


In den neuen Hartz-IV-Regelleistungen (ab 1.7.2008) sind u.a. in der Einzelposition 7 (Verkehr) für den "Kauf von Fahrrädern" monatlich 0,68 Euro bei alleinstehenden Erwachsenen vorgesehen (100%). Kindern ab 14 Jahre stehen mtl. 0,55 Euro zu (80%). Kinder bis 13 Jahre erhalten die stolze Summe von mtl. 0,41 Euro (60%). - Dafür gibt's nicht mal ein Blitz-Ventil zu kaufen, geschweige denn ein ganzes Fahrrad...

@lptraum wünscht viel Spass !
 Infos der Gesellschaften im Internet:
www.uestra.de, www.regiobus.de,
www.gvh.de, www.cantus-bahn.de,
www.der-metronom.de, www.bahn.de

@lptraum gibt Gas: Angemessenes Auto für jeden in der BG ist erlaubt

Autos von Hartz-IV-Empfängern dürfen einen Wert von 7.500 Euro nicht überschreiten. Diese Grenze hat



der 14. Senat des Kasseler Bundessozialgericht am 06.09.2007 in einem Musterverfahren gezogen und damit das bisherige Limit deutlich angehoben. Bislang hatten die Behörden zumeist eine Grenze bei etwa 5.000 Euro gesehen. Ein angemessenes Kfz für jeden in der Bedarfsgemeinschaft (BG) lebenden erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist somit auch nicht als Vermögen zu berücksichtigen. "7.500 Euro pauschal können als angemessen betrachtet werden. Liegt der Verkehrswert darü-

ber, kann er im Regelfall ohne weitere Prüfung als unangemessen gelten.", hieß es in der Urteilsbegründung. Das bedeutet, dass der Verkehrswert eines Pkw als Vermögen zu berücksichtigen ist, soweit der Grenzbetrag von 7.500 Euro überschritten wird. **BSG Kassel, Az.: B 14/7b AS 66/06 R, 06.09.2007** (Quelle: einblick 8/08)
 Weitere Urteile: www.einblick.dgb.de
Frage:
 Lohnt sich beim heutigen Spritpreis die Fahrt zum Briefkasten? (ErSt)

Telekom-Manager-Lauschangriff: Teurer leben kostet mehr ... (Spion & Spion)

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLösenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

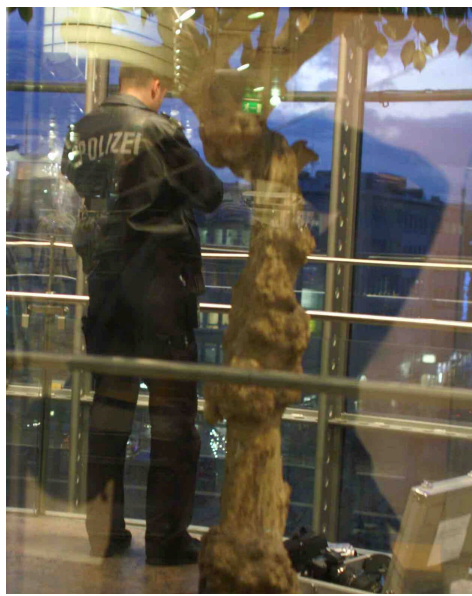
SammlerInnen gesucht !
Greift zu eurer spitzen Feder !
 Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)

alptraum@radioflora.de



Montagsdemo Hannover: Ein nicht ganz normaler Polizeiauftrag ?



Observierung und Dokumentation einer Demo ? - Das ist doch ein ganz normaler Polizeivorgang.

So antworte völlig unbelastet und fröhlich ein Polizeibeamter, dem das Foto vom 12.02.2007 gezeigt wurde. Die Polizeiinspektion Hannover betonte auf Anfrage der Redaktion @lptraum vom 06.06.2008, Antwort mit handschriftlichem Datum 20.06.2008, dass seitens der Polizei am 12.02.2007 durchaus und temporär Videoaufnahmen gemacht wurden, diese gemäß § 12 a Versammlungsgesetz unverzüglich gelöscht wurden. Die Aktionen der Polizei am 05.02.07 sowie am 12.02.07 wurden jeweils von Beamten der Polizeiinspektion Mitte verantwortlich geführt. Am 05.02.2007 seien aber keine Aufnahmen durch Polizeikräfte angefertigt, heißt es

weiterhin. Der Hintergrund: @lptraum bat am 06.06.08 um Überstellung des Aufnahmematerials an das Landgericht Hannover, um Beweismittelübergabe. Es wäre nach diesem Schriftwechsel zu klären, ob in diesem Strafprozess vom 06. und vom 11.06.2008 von den Zeugen uneidliche Falschaussagen getätigt wurden. Uniformierte Beamte sind am 05.02.2007 in der Buchhandlung Weiland aufgetaucht, baten um Nutzung der Personalräume bzw. der Café-Fensterplätze zur fototechnischen Dokumentation der Montags-Demo am Schillerdenkmal, so eine vor Gericht im Zeugenstand abgegebene Zeugenbeobachtung, bestätigt durch die damalige Geschäftsführerin von Weiland, jetzt Lehmanns. Da Beamte nie lügen, waren wohl falsche Polizisten am Werk ? (Alp)

BundesSozialGericht: Kein Automatismus bei Wohngemeinschaften

Hartz-IV-Empfängern darf nicht das Arbeitslosengeld II gekürzt werden, nur weil sie in einer Wohngemeinschaft leben.

Laut Bundessozialgericht gibt es in den Gesetzen zur Arbeitsmarktreform den

Begriff der Wohngemeinschaft nicht. Dort gebe es nur Bedarfsgemeinschaften, die aber nicht dem Zusammenleben voneinander unabhängiger Menschen entsprechen

(Az.: B 14/11b AS 61/06 R)

Sollte das Amt aber von einer Beziehung zwischen den Zusammenwohnenden erfahren, könnten sie als Bedarfsgemeinschaft gewertet und ihnen das ALG II gekürzt werden, machte das Gericht klar. (DoMi)

BundesSozialGericht: Keine Anrechnung von Verpflegungskosten

Hartz-IV-Empfänger sollten dringend jeglicher Form der Anrechnung von Verpflegung-Kosten widersprechen. Urteile des Bundessozialgerichts:

Az.: B 14 AS 22/07 R + B 14 AS 46/07 R. "Hartz-IV"-Empfänger sollten es nicht hinnehmen, wenn ihnen wegen einer Verpflegung im Krankenhaus oder im elterlichen Haushalt die Leistungen gekürzt werden. Nach zwei Urteilen des Bundessozialgerichts in Kassel könnte sich ein Widerspruch gegen derartige Bescheide der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) lohnen. Denn nach Überzeugung der Kasseler Richter gab es bis Ende 2007 keine rechtliche Grundlage dafür, zur Verfügung gestelltes Essen als

Einkommen anzurechnen

Erst seit 2008 gilt eine Verordnung, nach der die monatliche Regelleistung von derzeit 347 Euro bei Vollverpflegung um 35 Prozent reduziert werden darf. Über diese neue Regelung entschieden Deutschlands oberste Sozialrichter zwar ausdrücklich nicht, ließen aber deutliche Zweifel durchblicken: **"Gegen die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung bestehen erhebliche Bedenken"**, sagte der Senatsvorsitzende Peter Udsching. **Anders als noch bei der Sozialhilfe seien die Leistungen beim Arbeitslosengeld II pauschaliert. "Das schließt die Berücksichtigung eines individuell höheren**

oder niedrigeren Bedarfs aus", erklärte der oberste Sozialrichter Udsching. Der Senat gab damit einem Kläger aus Nürnberg Recht, dem während einer fünfwöchigen Klinikbehandlung monatlich 120,75 Euro weniger von der ARGE gezahlt worden waren - obwohl der Mann sich mit zehn Euro pro Tag selbst an den Kosten seines Krankenhausaufenthalts beteiligen musste. Der gleiche Betrag von gut 120 Euro war dauerhaft auch einer jungen Berlinerin abgezogen worden, die regelmäßig bei ihren Eltern gegessen hatte, obwohl sie mit ihnen keine "Bedarfsgemeinschaft" bildete. Auch ihrer Klage gab der Senat im vollen Umfang statt. (DoMi)

Hartz-IV-Regelsatzerhöhung ab 1.7.2008 um 1,1 Prozent auf 351,- Euro

Mieser Deal von Polizei und Justiz - Prozess endet vorläufig ?

Erklären Sie sich für schuldig, so kann mit einer Geldstrafe von 500,-€ das Verfahren gegen Sie eingestellt werden. So direkt wurde die schwierige Entscheidung zu einem Vergleich nicht formuliert; das Amtsdeutsch kennt solch ein Kuhhandel-Angebot als eine "Einstellung bei Zahlungsaufgabe", womit weder Verteidiger noch Beschuldigter zu dem Zeitpunkt wirklich gerechnet hatten. Damit unvermittelt konfrontiert blieb dem Beschuldigten wenig Bedenkzeit, das anfängliche Interesse nach Aufklärung abzuwägen gegen die drohende Kostenlast dieses und weiterer Verfahren. Immerhin sind in zwei Verfahren vor dem Landgericht die komplette Zeugenmannschaft (bis zu 13 Personen) geladen worden. Der aus Hamburg zu 2 Verhandlungstagen angereiste Verteidiger benötigt auch ein seiner Tätigkeit angemessenes Honorar. Dieses trägt nach dem "Vergleich" die Landeskasse, ebenso die im Berufungsprozess angefallenen Gerichtskosten. Der Berufungsprozess platzte im ersten Fortsetzungs-Anlauf u.a., weil die bisherige Rechtsanwältin erkrankte. Im Gegensatz zu der dann doch vielfach als weniger präsent empfundenen Anwältin brillierte Rechtsanwalt Carsten Gericke mit bohrenden Fragen an die Polizei-Zeugen, schälte Fakten und Situationen heraus, so dass die Beamten sich widersprachen oder sich dann einfach nicht mehr an das Geschehen erinnern konnten oder wollten. Im Dunklen blieb die Frage, welche Beamten von welcher Dienststelle am 05.02.07 aus der Buchhandlung Weiland heraus die Montagsdemo gefilmt hatten, wo das polizeilich erstellte (entlastende?) Beweismaterial abgeblieben ist. Zeugenaussagen belegen, dass Polizeibeamte in Uniform nicht nur am 05.02.07 gefilmt hatten. (Siehe "Polizeiauftrag" mit Foto auf Seite 4). Die Anfrage mit Foto-Übermittlung per Email durch die @lptraum-Redaktion an den Polizeipräsidenten blieb vor dem Prozess unbeantwortet. Auch der Hinweis per Fax vom 10.06.08 an die Polizeidirektion, das Beweismaterial rechtzeitig zum Prozess zur Verfügung zu stellen, wurde von der Polizeidirektion Hannover ignoriert. Ignoranz auch bei dem als Zeugen geladenen Einsatzleiter Friedrichs. Seine lapidare Aussage, dass er seine Ladung zum Prozess am

11.06.08 nicht gelesen habe, somit auch nicht der von dem Richter Dr. Lützen am 05.06.08 vorgelesenen Ladung mit der darin enthaltenen Aufforderung nachgekommen sei, das Video-Material vom 05.02.07 zum Fortsetzungs-Prozess beizubringen, blieb ohne richterliche Reaktion, erschien wie verabredet.



**Ein entlastendes Video ?
Hier im Gericht bitte nicht !**

Unterschlagung von polizeilich erstelltem, höchstwahrscheinlich die Polizei belastenden, den Angeklagten entlastenden Beweismaterial ?

Angesichts der Ignoranz des Richters, wichtiges Entlastungsmaterial nicht ernsthaft abzufordern, war auch eine Einschätzung, ob auch andere Fakten zur Entlastung gewürdigt oder ignoriert würden, nicht so einfach. Der Vorwurf, sich gegen Vollstreckungsbeamte widerständig verhalten zu haben, erschien als reine Ermessenssache des Gerichtes. Von einem durchaus belegbaren, überzogenen Einsatzwillen der Polizei, den Mikrofoneinsatz um jeden Preis zu verhindern, muss man als Beobachter des Geschehens ausgehen, Staatsanwälte und Richter brachten in allen Prozessen um das Mikrofonverbot eine Wichtung der Obrigkeit ein, der Begriff "Affentheater" ist gefallen. Dass den Angeklagten keine Körperverletzung "anzuhängen" war, zeigte sich bereits in den ersten Prozessen, die für den Angeklagten K. einen Freispruch, für B. eine Rücknahme dieser Anschuldigung beinhaltete. Ungeklärt blieb, inwieweit sich Polizeibeamte körperver-

letzend "ins Zeug legten", einen "Haltegriff am Halse" ansetzten, der dem Angeklagten die Luft raubte, der durchaus auch zum Tode führen kann. Die so genannte "Armschere" ist bei der Polizei verboten. (Quelle: DER SPIEGEL 20/1986 vom 12.05.1986, Seite 132)

Staatsanwältin Frau Ihnen zeigte sich im Prozess recht wortkarg, in dem den Prozess abschließenden Deal als ein Rauehangel, der vordringlich auf eine Verschärfung des Urteils aus der 1. Instanz erpicht war. "Blanko mache ich das nicht mit.. das muss spürbar sein". Lange Diskussion darum, ob die Geldbuße an die von ihr favorisierte Kinder-Einrichtung Nähe Bremen oder an Amnesty International zu zahlen sei, wie es der Angeklagte vorschlug. Auf keinen Fall ließ sie zu, dass der erwerbslose Angeklagte einen Nachlass von 20,-€ erhielt, um so mit 6 Raten á 80,-€ die Strafe tilgen zu können.

Legislative, Exekutive, Judikative und scheinbar auch die so genannte 4. Gewalt*) fern ab von jeder Realität ? Mit diesem Deal ist der Prozess beendet, ist der Wunsch nach "Wahrheitsfindung" durch die hannoversche Justiz abgeschlossen ?

Ein sehr fahler Geschmack bleibt zurück, da das überzogene Handeln der Polizei, nur ausgerichtet auf die Verhinderung lautsprecherverstärkter Meinungsäußerung, ohne eine öffentliche Ahndung blieb, Polizei und Justiz auch dringend benötigte Beweismittel zum Prozess zurück hielt. Die Zählung des Einsatzleiters Friedrichs zu der Teilnehmeranzahl erfolgte ohne jegliche Abstimmung mit dem Versammlungsleiter. Zum Zeitpunkt des Zugriff auf den Verstärker und der Verhaftung von 4 Demo-Teilnehmern war die Versammlung nicht aufgelöst. Ein eklatanter Verstoß der Polizei gegen das im Grundgesetz verbürgte Versammlungsrecht, das die Polizei schützen müsste. Klar wurde durch die Aussage des Beamten der Bundespolizei, Herrn Förster, dass nur Überwachung der Demo angesagt war, die Verhinderung des Einsatzes einer Verstärkeranlage. Dem mit dem Vergleich überrumpelten Angeklagten verbleibt die Möglichkeit, innerhalb der aufgetragenen 6-Monatsfrist seine Buße nicht zu bezahlen, eine Neuauflage des Prozesses zu forcieren. (HaDe)

*) Die "Vierte Gewalt" oder "Vierte Macht" ist ein informeller Begriff für die Presse.

Er soll veranschaulichen, dass die Presse die öffentliche Meinung mit prägt und damit auch die Staatsgewalt kontrolliert.

Grundlage dieser analogen Begriffsbildung ist die nach dem rechtstaatlichen Prinzip der Gewaltenteilung beschränkte Staatsgewalt durch Verteilung auf Legislative, Exekutive und Judikative.

Im Kontext der liberalen Theorie der Presse, die ihre Blütezeit im 19. Jahrhundert erlebte, wurde die Bezeichnung der Presse als "Vierte Gewalt" gebräuchlich. (Quelle: de.wikipedia.org)

Elch - Family - Videoüberwachung bei IKEA: Ich Kriege Euch Alle... (Billy)

@lptraum-ANW-Info: "ARBEITSLOS - NICHT WEHRLOS"

"Du bist nicht allein" - Unter dieser Überschrift steht die Erwerbslosenarbeit der IG Metall Wolfsburg



Das Massenproblem der Erwerbslosigkeit mit seinen negativen Auswirkungen auf die Menschen, hat auch in der VW-Stadt Wolfsburg und Umgebung Veränderungen mit sich gebracht. Immer mehr Menschen und Familien mit Kindern, sind vom Verlust des Arbeitsplatzes sowie keinen Arbeitsplatz oder Ausbildungsplatz zu erhalten, betroffen. Diesem Problem stellt sich die IG Metall Wolfsburg in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern und bietet allen Hilfesuchenden aus diesem Bereich kompetente Hilfe an. **"Du bist nicht allein"** - Es gibt mehr Menschen, die von Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II (Hartz IV) usw. leben müssen, als viele für möglich halten. Für diesen Personenkreis bietet die IG Metall

Wolfsburg (Gewerkschaft für Produktion und Dienstleistung im DGB) in Kooperation mit der Interessengruppe Arbeitsloser des Kirchenkreises Wolfsburg eine Beratung an. *Projekt Auto5000-@lptraum: Vom Ex-VW-Arbeitsdirektor Dr. Peter Hartz stammte die Ankündigung, der VW-Konzern werde die Erwerbslosigkeit in der Region Wolfsburg bis zum Jahr 2003 um 50 Prozent reduzieren. (Quelle: express 01/2002)* Die Beratung beschränkt sich nicht nur auf die Stadt Wolfsburg und Umgebung, sondern wird auch im Isernhagener Land, Knesebeck, Wittingen und Umgebung angeboten. Nach einer Befragung des Statistischen Bundesamtes haben 2007 mehr als die Hälfte aller befragten Haushalte angegeben, dass sie mit dem Einkommen nur mit Schwierigkeiten oder gar nicht zurecht kommen. So bietet die IGM Wolfsburg u.a. zu Schwerpunktfragen zu den SGB II-Leistungen auch eine Erst-Schuldnerberatung an. Geplant sind z.Zt. die Einführung einer monatlichen WVG-MobilCard für sozial Schwache im öffentlichen Nahverkehr (siehe Braunschweig). Weitere Ziele des ANW-Arbeitskreises sind die Einrichtung eines Sozialkaufhauses (siehe *fairKauf* eG Hannover) und die Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut seit Hartz IV. Man hat keine Berührungsängste, sich für Menschen einzusetzen, die am Rand der Gesellschaft leben müssen... Unter der Überschrift **"Du bist nicht allein"** steht auch das Seminarangebot: **"Arbeitslos - nicht wehrlos"** für Erwerbstätige und Erwerbslose der IG

Metall Wolfsburg in Kooperation mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) und dem DGB Wolfsburg in der HVHS Hustedt bei Celle. Das Seminar wird seit 1998 einmal jährlich als Bildungsurlaub angeboten. Auch wurde das hier abgebildete ANW-Logo gemeinsam entworfen. Unter dem Motto **"Jeder Mensch ist eine Persönlichkeit mit all seinen Fähigkeiten und Talenten"** nehmen i.d.R. ca. 15 bis 20 Erwerbslose und Erwerbstätige teil. (Seit 2006 wird das ANW-Seminar auch regelmäßig vom @lptraum-Team genutzt, während der Kontakt zum Arbeitskreis IG Metall-Erwerbslose Hannover leider etwas spröde ist...)

Ziele und Erfolge sind:

...durch gemeinsames Gestalten das Selbstwertgefühl Betroffener steigern.

...auch wenn ich keine Arbeit habe, kann ich etwas erreichen und bewegen.

...sich über unterschiedliche Lebenssituationen austauschen.

...Vorurteile abbauen.

Die Inhalte des Seminars werden auch mit einem Gestaltungsteil vermittelt! Erstellte Objekte sind Eigentum des Veranstalters. Zur (kostenlosen) Teilnahme ist die Mitgliedschaft in der IG Metall oder einer anderen DGB-Gewerkschaft für Erwerbslose nicht Voraussetzung, aber wünschenswert. Bei **ver.di** beträgt die Mitgliedschaft für Erwerbslose mtl. 2,50 Euro - innerhalb der **IG Metall** nur 1,53 Euro pro Monat. Kontakt: AK Erwerbslose Wolfsburg, Tel. 05361/771199 Infos: www.igmetall-wob.de (ErSt)

VSA-FrauenLeseBuch: "aktiv - kompetent - mittendrin"

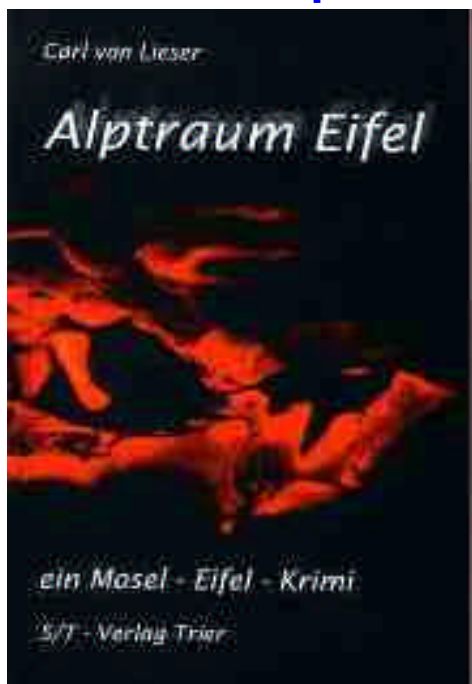


Frauenbilder in der Welt der Arbeit

Das medial vermittelte Frauenbild und die Debatten hierüber sind oft mehr als ärgerlich. Der Stoßseufzer **"Dazu müsste frau öffentlich Stellung beziehen"** wird hier in die Tat bzw. in ein FrauenLeseBuch umgesetzt - um Frauen in der Welt der Arbeit wieder sichtbar zu machen. Frauen- und Gleichstellungspolitik ist Gesellschaftspolitik, Querschnittsaufgabe und braucht Visionen: Es geht nicht um einen Rollentausch der Geschlechter, sondern es geht um eine gerechte Verteilung von Macht und Einkommen, um eine gerechte Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit, um die Vergesellschaftung der so genannten privaten Arbeit. Kurz gesagt: Es geht um soziale Gerechtigkeit für alle - unabhängig vom Geschlecht. **"aktiv - kompetent - mittendrin"** spannt einen breiten Bogen über dieses Feld, nicht zuletzt mit dem Ziel, gleichstellungspolitische Themen auf den vorderen Platz der politischen Agenda zu rücken. In diesem LeseBuch wird die

Vielfalt der Frauenbilder in der Welt der Arbeit illustriert und das Engagement vieler Frauen gewürdigt. Zugleich wird deutlich, was auf diesem Gebiet alles noch zu tun ist. Fallstricke, die sich aus den traditionellen Rollenbildern ergeben, werden als solche erkennbar und regen zum Nachdenken an. Die Autorinnen kennen die Gleichstellungsproblematik aus eigener Praxis. Sie erinnern an den Stellenwert der Erwerbsarbeit von Frauen in der gewerkschaftlichen Programmatik. Des weiteren werden Gleichstellungsfragen z.B. in der Arbeits-, Sozial- und Qualifizierungspolitik reflektiert. Auch der Blick über die Grenzen fehlt nicht. Geschildert werden sich wandelnde Erfahrungen von Frauen in der Arbeitswelt unabhängig von Herkunft oder Alter. (ErSt)

Helga Schwitzer / Christiane Wilke / Mechthild Kopel (Herausgeberinnen.) **"aktiv - kompetent - mittendrin"** Frauenbilder in der Welt der Arbeit, VSA-Verlag 2008, ISBN: 978-3-89965-275-8, 272 Seiten, 14,80 €. www.vsa-verlag.de

@Iptrraum-Sommer-Lesetipp: "Alptrraum Eifel"**Mosel-Eifel-Krimi vom Krimiautor ihres Vertrauens Carl von Lieser**

Großalarm in der Eifel: Bei einem Anschlag auf amerikanische Soldaten sterben über zwanzig Menschen. Der Ter-

rorakt löst weltweite Reaktionen aus. Die Bundesregierung in Berlin reagiert wütend. Umgehend werden Gesetze und Verordnungen verschärft. Die US-Regierung übt mächtig Druck aus. Das Bundeskriminalamt übernimmt die Federführung bei den Ermittlungen. Die Trierer Polizisten werden zu Zuarbeitern degradiert. Als der Fall schließlich durch den Einsatz modernster Kriminaltechnologie aufgeklärt wird, ist das Erstaunen groß...

Neue Trierische Landeszeitung: *"Eindeutig der stärkste aller bisherigen sechs Romane des Trierer Autors. Der überraschende Schluss dürfte vielen Lesern zu denken geben..."* (NTLZ 2006) Carl von Lieser (Pseudonym), 1955 in Lieser geborener Winzersohn, lebt seit über 20 Jahren als Forstingenieur mit dem Spezialgebiet "Sachverständiger für die Standsicherheit alter Bäume" im Trierer Stadtteil Olewig. Nach vielen Jahren als Redakteur des Trierer Stadtmagazins "KATZ" hat er Mitte der Neunziger Jahre mit dem Krimischreiben begonnen. Aus dieser Leidenschaft heraus haben inzwischen

acht Romane, wie u.a. "Alptrraum Eifel" das Licht der Welt erblicken können. Zu seinen Hobbys gehört das Wandern über Höhen wie durch Tiefen - und das sowohl in der attraktiven Landschaft zwischen Mosel, Saar und Rhein wie auch auf den fernen kanarischen Inseln, wo er mit steigender Tendenz Teile seiner Romane schreibt. Selbstverständlich verfügt Carl von Lieser als begeisterter Freizeitwinzer über eine reiche Palette selbst gezogener Schatzkammer-Raritäten, die bisweilen treue LeserInnen schon mal haben kosten dürfen. **(ErSt) Alptrraum Eifel** ISBN: 3-9806894-2-5, 162 Seiten. Alle Romane sind zum Preis von je 4,95 Euro erhältlich, bei Abnahme von 3 Büchern wird das "Original Carl-von-Lieser-Skatkartenspiel" (Preis: 2,95 Euro) gratis mitgeliefert. Bei Bestellung von 1 oder 2 Romanen fällt eine Versandgebühr von 3 Euro an, bei Bestellungen ab 3 Exemplaren entfällt die Versandgebühr. Alle Kriminalromane sind direkt zu beziehen beim S/T-Verlag Trier, Olewiger Str. 157, 54290 Trier, Tel.: 0651/36501, Fax: 0651/308195 - Moselkrimi-Infos: www.carlvonlieser.de

@Iptrraum-1-Euro-Beschäftigungsfähigkeit:

"Nach Auffassung der Bundesregierung dienen Zusatzjobs in erster Linie dem Erhalt und der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Hilfebedürftigen."

(Olaf Scholz, SPD-Bundesminister für Arbeit und Soziales, in PANORAMA Nr. 696 vom 17.04.2008: "Ausgenutzt und chancenlos - Der Unsinn der 1-Euro-Jobs"...)

@Iptrraum-Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung:

"Fakt ist, dass 1-Euro-Jobs teuer sind, keine Perspektive bieten, stattdessen aber Lohndumping fördern und sogar reguläre Arbeitsplätze gefährden."

Ein solch offensichtlicher Unsinn muss endlich gestoppt werden."

(DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, 1.-Mai-Rednerin in Hannover...)

@Iptrraum-1-Euro-Job-Stützpunkt:

"Das bringt eben zum Ausdruck "Ich arbeite",

viele sind froh, das auch in der Öffentlichkeit zeigen zu können."

(Sozialarbeiter Ulrich M. über 1-Euro-Jobber, die schon morgens in der Straßenbahn ihre Arbeitskleidung tragen, obwohl der Stützpunkt Hölderlinstraße 6 über ausreichend Umkleidemöglichkeiten verfügt...)

Quelle: Hannoversches WOCHENBLATT - Nr. 16 - Ausgabe WEST

@Iptrraum-REVONNAH: Anna Blume 1920:

"Hannovers Rathaus gehört den Hannoveranern

und das ist doch wohl eine berechtigte Forderung."

(Dada & Merz-Künstler Kurt Schwitters (1887-1948) anno 1920)

@Iptrraum-Big-Brother-2008-Schnüffel-Inferno:

"Frau Zypries & Herr Schäuble, die sind nun wirklich das Duo infernale des Schnüffelstaats."

(Claudia Roth, Grünen-Vorsitzende, zu den sicherheitspolitischen Vorstößen der Justizministerin und des Innenministers zur angeblichen Terrorabwehr...)

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptrraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Juli - 2008

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 4, Ausgabe 7

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahltschlag!"

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di Ortserwerbslosen- ausschuss Region Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)


Offener Abend bürgerinitiative gartenhaus

Freitags ab 20.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt,

Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

Jetzt nicht's! **Politiker, die uns plagen,
werden wir verjagen!** Jetzt nicht's!
 www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org 

 Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum-Termine im Juli 2008:

Dienstag, 1. Juli 2008, ... 3,5 Jahre H@rtz IV:

Verkündung der aktuellen @rbeitslosenstatistik für Juni 2008
ALG-II-Regelsatzerhöhung ab 1.7.2008 um 1,1 Prozent auf 351 Euro.
(BA-Presseinfo Nr.24:Arbeitslosengeld II wird erhöht vom 21.05.08)
Vergütung für DAX-Aufsichtsräte 2007 um 17,45 Prozent gestiegen...

Dienstag, 1. Juli 2008, 17.30 Uhr bis 19.30 Uhr:

After-Work-Bildung: "Erst die Arbeit und dann das Vergnügen."
Beijing: » Arbeitsbedingungen in China - alles Olympia? «
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10-12, 30159 Hannover

Damals vor 50 Jahren, ... anno 1. Juli 1958: Das Gesetz
über die Gleichberechtigung von Mann & Frau tritt in Kraft. Frauen
dürfen ohne ausdrückliche Zustimmung des Mannes arbeiten
gehen, wenn sie ihre häuslichen Pflichten nicht vernachlässigen...

Damals vor 126 Jahren, ... anno 5. Juli 1882: In Berlin
fordern 15 Fachvereine den 9-Std.-Arbeitstag, Abschaffung der
industriellen Sonn- und Feiertagsarbeit sowie der industriellen
Arbeit von verheirateten Frauen und Kindern unter 14 Jahren...

Montag, 7. Juli 2008, 17.00 Uhr: DGB-Haus...

5. Sozialpolitisches Forum des DGB - Infos: Hans-Martin Joost
"Armes Deutschland - Kinderarmut auch in Hannover?"
DGB-Haus, Otto-Brenner-Str. 1/Klagesmarkt, 30159 Hannover

Samstags, 7.00 bis 16.00 Uhr: Altstadt-Flohmarkt...

"Statt Paris an der Seine - zum Flohmarkt an die Leine!"
Am Hohen Ufer, Hannover-Altstadt, Infos: www.hannover.de

Samstags & Sonntags, 14 bis 17 Uhr: 96 - alte Liebe

Ausstellung zur Geschichte von Hannover 96 - [Eintritt frei]
96 - alte Liebe bis 10. Aug. 2008 im Stadtmuseum Burgdorf
Schmiedestraße 6, 31300 Burgdorf, Telefon 05136-9721418

IG Metall: Das andere Alfeld - Industriekultur im Leinetal...

Di-Fr 10-12 Uhr u. 15-17 Uhr, Sa+So 10-12 Uhr, So 15-17 Uhr
Ausstellung bis 30. August 2008 im Stadtmuseum Alfeld/Leine
Am Kirchhof 5, 31061 Alfeld/Leine, Telefon 05181-703-181

Dienstag, 15.07.2008, 10.30 bis 11.45 Uhr: Kommunaler

Senioren-Service: "Fitness fürs Gehirn in den Ferien" [15,- €]
Haus der Diakonie, Burgstr.10, 30159 Hannover, Tel. 3687-116

Mittwoch, 30. Juli bis 17. August 2008: Maschseefest

"Wieso ist am Endedes Euros immer soviel Monat übrig?"
Hannover Tourismus Service e.V. - Info: www.maschseefest.de

Donnerstag, 31. Juli 2008, (K)EIN-Euro-Job-@gentur:

Verkündung der aktuellen @rbeitslosenstatistik für Juli 2008
JobCenter Region Hannover - Infos: www.pub.arbeitsamt.de

**Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern
täglich 1,27 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung !!!
Monatlicher Mobilitätsanteil: 13,88 Euro für BG-Vorstände.**



@lptraum: info@gegen-sozialabbau.de



@lptraum gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben